



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

die letzten Tage hat mich ganz massiv die Umsetzung des Insektenschutzpakets beschäftigt. Nach harten Verhandlungen zwischen der Bundeslandwirtschaftsministerin und dem Bundesumweltministerium hat das Kabinett das Paket beschlossen. Ein Teil der inakzeptablen Forderungen der Bundesministerin Svenja Schulze konnte in langen Verhandlungen verhindert werden. Jetzt müssen wir in den anstehenden Beratungen im Deutschen Bundestag weitere Änderungen vornehmen, um die Landwirtschaft hierzulande vor kalten Enteignungen und unmöglichen Bewirtschaftungsauflagen zu bewahren. Mehr zu dem gesamten Sachverhalt lesen Sie auf der nächsten Seite dieses „Schulterblicks“.

Bund und Länder haben sich darauf verständigt, die bestehenden Kontaktbeschränkungen bis zum 7. März zu verlängern. An einer weiteren Öffnungsperspektive wird händierend gearbeitet. Wir wollen verantwortungsvolle Perspektiven für Pflege- und Altenheime, Kitas, Schulen und nicht zuletzt für den Einzelhandel und die Gastronomie aufzeigen. Bei dauerhaft sinkenden Infektionszahlen brauchen wir transparente und verlässliche Kriterien für flexible Öffnungsschritte. Effektiver Gesundheitsschutz und nachhaltige, wirtschaftliche Erholung müssen Hand in Hand gehen. Für mich persönlich ist klar: Öffnungen im Bildungs- und Betreuungsbereich müssen höchste Priorität haben.

In der vergangenen Wahlkreiswoche fanden mehrere digitale Diskussionsrunden statt. Eine davon war zu den Themen innere Sicherheit, Extremismus, Flucht und Zuwanderung. Mit Peiner Landwirten tauschte ich mich über die „roten Gebiete“ aus, mit Gifhorner Landwirten über das Insektenschutzpaket und weitere Maßnahmen. Zuallerletzt darf ich Ihnen noch verraten, wer aus unserer Region als Juniorbotschafter in die USA gehen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Insektenschutz geht nur gemeinsam mit der Landwirtschaft

Nach zähem Ringen und massiven Protesten aus den Reihen der Landwirtschaft beschloss das Bundeskabinett am Mittwoch ein Paket zum Insektenschutz. Wichtige Erfolge im Sinne der Landwirtschaft sind in mühsamen Verhandlungen erreicht worden. Dennoch enthält der Entwurf der SPD-Ministerin Svenja Schulze weiterhin inakzeptable Vorgaben. Auch wenn Julia Klöckner für den Berufsstand viele Kohlen aus dem Feuer geholt hat, bleiben einige Unwägbarkeiten bestehen. Deshalb werden wir uns als Union im anstehenden parlamentarischen Verfahren zum Bundesnaturschutzgesetz für zwingend notwendige Änderungen einsetzen.

Aus Sicht der Agrarpolitiker der Union im Deutschen Bundestag sind folgende Punkte unerlässlich:

Festschreibung der Kooperationspflicht, Rechtsanspruch auf

Entschädigung, Länderöffnungsklauseln und damit das Beibehalten des Niedersächsischen Wegs sowie Ausnahmen für Pflanzenschutzmittel-Anwendungsverbote in Naturschutzgebieten.

Dank der in der Ressortabstimmung erreichten Verbesserungen haben wir eine gute Grundlage für die anstehende parlamentarische Beratung. Es gibt allerdings auch bei der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung offene Punkte, die die Länder im Bundesrat federführend behandeln müssen, wie z. B. Ausnahmen für Grünland oder eine vollständige Entfristung von Ackerland in FFH-Gebieten. Da wird sich zeigen, ob die Länder sich ihrer Verantwortung für die Landwirtschaft und der Auswirkungen auf den ländlichen Raum bewusst sind. Ich bin gespannt auf die Positionierung der SPD-Fraktion bei dem parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren und den koalitionsinternen Abstimmungen in Berlin.

Insektenschutz ist für unsere Landwirte genauso wichtig wie für den Rest der Gesellschaft, wir dürfen aber nicht vergessen, dass über 80 Prozent des Insektenrückgangs nicht die Landwirtschaft zu verantworten hat. Deshalb müssen wir auch verstärkt die Bereiche Lichtverschmutzung, Flächenfraß, Versiegelung sowie naturnahe Gestaltung in Städten und Kommunen in den Fokus nehmen.

In der kommenden Sitzungswoche des Bundestages lädt die Bundeskanzlerin alle Bauernverbände und Agrarminister zu einer Videokonferenz ein. Mit ihrem erneuten Gesprächsangebot macht die Kanzlerin einmal mehr deutlich, dass die CDU/CSU an der Seite des Berufsstandes steht.



Auch Landwirte aus der Region waren bei den neuerlichen Protesten in Berlin dabei.



Bericht aus Berlin

Überbrückungshilfe III kann beantragt werden

Seit Mittwoch kann die vereinfachte, verlängerte und aufgestockte Überbrückungshilfe III online beantragt werden, auch bei der Auszahlung soll es nun schneller vorangehen. Unternehmen, die in einem Monat einen Umsatzeinbruch von mindestens 30 Prozent im Vergleich zum Referenzmonat im Jahr 2019 zu verzeichnen haben, können für die Zeit bis Ende Juni 2021 staatliche Unterstützung von monatlich bis zu 1,5 Mio. Euro erhalten, die nicht zurückgezahlt werden muss. Die ersten Abschlagszahlungen starten spätestens ab dem 15. Februar 2021, die reguläre Auszahlung durch die Länder wird ab März erfolgen. Bei allen Problemen liegt die Bundesregierung damit bei diesen wichtigen Hilfen im beschlossenen Zeitplan und kann Unternehmen helfen, die nach der langen Zeit des Lockdowns vielfach um ihre Existenz kämpfen.

Zu den wesentlichen Verbesserungen gehören die Neuerungen bei den erstattungsfähigen Kosten. Diese werden den Reisebüros und Reiseveranstaltern, der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft, dem Einzelhandel, der Pyrotechnikbranche und den Soloselbständigen helfen, die Krise durchzustehen. So werden für den besonders betroffenen **Einzelhandel** Wertverluste für verderbliche Ware und für Saisonware der Wintersaison 2020/2021 als Kostenposition anerkannt. Das gilt u. a. für Weihnachtsartikel, Feuerwerkskörper und Winterkleidung. Es betrifft aber auch verderbliche Ware, die unbrauchbar wird, wenn sie nicht verkauft werden konnte, z. B. Kosmetika. Die schwer getroffene **Reisebranche** bekommt durch eine umfassende Berücksichtigung der Kosten und Umsatzausfälle durch Absagen und Stornierungen zusätzliche Unterstützung. Für die **Veranstaltungs- und Kulturbranche** werden im Rahmen der allgemeinen Zuschussregeln zusätzlich zu den übrigen förderfähigen Kosten auch die Ausfall- und Vorbereitungskosten für geschäftliche Aktivitäten im Zeitraum von März bis Dezember 2020 erstattet. **Soloselbständige**, die nur geringe Betriebskosten haben, können im Rahmen der Überbrückungshilfe III voraussichtlich noch im Februar die sogenannte „Neustarthilfe“, einen einmaligen Zuschuss von maximal 7.500 Euro, beantragen.

In den vergangenen Tagen gab es weitere erfreuliche Fortschritte. Der Bund hat in rund 95 Prozent der Fälle für die November- und Dezemberhilfe die Abschlagszahlungen überwiesen; das weitere Verfahren liegt für die Novemberhilfe bereits seit vier Wochen bei den Ländern, für die Dezemberhilfe seit einer Woche. In Abstimmung mit den Ländern räumen wir den Unternehmen ein umfassendes Wahlrecht ein, damit sie den für sie besten Weg durch diese schwere Krise wählen können.



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

Gesetz zur Fortgeltung der die epidemische Lage von nationaler Tragweite betreffenden Regelungen. Mit dem Gesetzentwurf wird sichergestellt, dass die zum Schutz der öffentlichen Gesundheit notwendigen Regelungen über den 31. März 2021 hinaus gelten. Der Bundestag muss künftig durch einen eigenen Beschluss alle drei Monate das Fortbestehen der epidemischen Lage von nationaler Tragweite feststellen, sonst gilt die Feststellung als aufgehoben. Einen solchen Beschluss über die Fortgeltung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite werden wir im März fassen. Pandemierelevante Verordnungsermächtigungen und Rechtsverordnungen knüpfen nur noch an die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite an und treten nicht mehr spätestens mit Ablauf des 31. März 2021 bzw. des 31. März 2022 außer Kraft. Wir unterstreichen damit: Auch die Regelungen der Bundesländer, welche sie politisch mit der Bundeskanzlerin vereinbaren und dann jeweils in Landesverordnungen umsetzen, können nur auf Grundlage eines Beschlusses des Deutschen Bundestages überhaupt Rechtsgeltung entfalten. Den Rahmen setzt der Deutsche Bundestag, die Details regeln die Regierungen. Dieses bewährte Prinzip unseres demokratischen Rechtsstaates setzen wir auch in der Krise um.

Des Weiteren konkretisieren wir die Rechtsgrundlage für die Impfverordnung, indem konkrete Impfziele als Orientierungsmerkmale für die Ständige Impfkommission geregelt werden und diese bei beschränkter Verfügbarkeit von Impfstoffen bei notwendigen Priorisierungen zu berücksichtigen sind. Zudem wird die Regelung in § 56 Infektionsschutzgesetz entfristet, aber von der Feststellung der epidemischen Lage durch den Bundestag abhängig gemacht: Dies betrifft den Entschädigungsanspruch für Verdienstaufschlag bei Schließung von Schulen, Kindergärten und Behinderteneinrichtungen. Schließlich enthält der Gesetzentwurf Regelungen zur Pflege, u. a. die Möglichkeit, Begutachtungen zur Feststellung von Pflegebedürftigkeit ohne Hausbesuch durchzuführen.

Gesetz zur Modernisierung der Rechtsgrundlagen der Bundespolizei. Mit dem Gesetzentwurf wird das überwiegend aus dem Jahr 1994 stammende Bundespolizeigesetz modernisiert. Konkret geht es darum, die Aufgaben der Bundespolizei moderat auszuweiten – hierzu wird eine Zuständigkeit für Strafverfolgung und Abschiebung unerlaubt eingereister Personen geschaffen. Außerdem erhält die Bundespolizei neue und im digitalen Zeitalter notwendige Befugnisse v. a. im Bereich der Gefahrenabwehr. Abschließend werden die Datenschutz-Regelungen an geänderte Anforderungen etwa durch Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts oder des EU-Datenschutzes angepasst.

Einen Überblick über die rund 27 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).

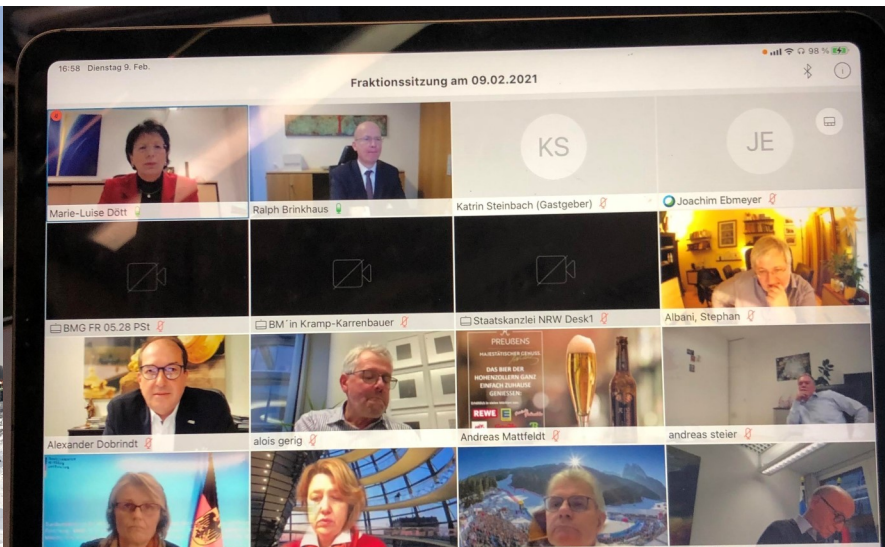


Bericht aus Berlin

Impressionen aus Berlin



Auch Landwirte aus unserer Region protestierten am Mittwoch in Berlin.



Die Fraktionssitzung verfolgte ich diesmal aus dem Zug auf dem Weg in die Bundeshauptstadt.



Auf Einladung der Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing Gifhorn GmbH nahm ich am Donnerstag an einem virtuellen Austausch mit Vertretern der lokalen Wirtschaft und Kultur teil.



Bericht aus dem Wahlkreis

Austausch zu „roten Gebieten“ im Peiner Nordkreis

Einen sehr konstruktiven und wichtigen Dialog habe ich gemeinsam mit dem Landtagskollegen Christoph Plett mit über 50 Landwirten aus dem Braunschweiger Land zu den nach wie vor im Peiner Nordkreis präsenten „roten Gebieten“ geführt. Als Fachmann hatten wir am vorvergangenen Mittwoch Prof. Dr. Ludwig Theuvsen, Staatsminister im Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium, eingeladen, der uns über den aktuellen Stand des Verfahrens informiert hat.

Es ist grundsätzlich erfreulich, dass die Eingrenzung der „roten Gebiete“ durch ein dreistufiges Verfahren auf rund 31 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Niedersachsen erreicht werden konnte. Die ersten beiden Schritte umfassten die wasserwirtschaftliche Bewertung und die Messwerte der Grundwassermessstellen. Im dritten Schritt wurden zusätzlich noch Emissionsdaten hinzugezogen. Hierdurch



konnten insbesondere einige bewirtschaftete Flächen der Bauern im Süden des Landkreises Peine aus den „roten Gebieten“ fallen. Für den Nordkreis ändert sich leider erst einmal nichts, besonders die Landwirte in der Gemeinde Edemissen sind immer noch von den damit einhergehenden Bewirtschaftungsauflagen betroffen.

Diese Problemlage haben wir auch im Landkreis Gifhorn. Hier sind nach erneuten Forderungen der EU aus dem Sommer 2020 sogar zusätzliche „rote Gebiete“ durch einzelne Brunnenergebnisse hinzugekommen. Deshalb auch immer noch die Forderung an Olaf Lies, da dringend nachzuarbeiten. Ich weiß, dass unsere niedersächsische Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast an unserer Seite ist und enormen Druck auf das Niedersächsische Umweltministerium aufbaut, um die Regionalisierung voranzutreiben und dadurch zu plausibleren Daten zu gelangen. Dies machte auch Prof. Dr. Theuvsen in der Diskussion deutlich.

Das ist hoffentlich der richtige Weg hin zu einer fairen Umsetzung des Verursacherprinzips: Dort, wo Bauern zu viel düngen, müssen entsprechende Maßnahmen auch greifen. Es kann aber nicht sein, dass bei einem schwarzen Schaf die ganze Herde in Mithaftung genommen wird. Dies ist bei der momentanen Ermittlung der „roten Gebiete“ jedoch leider oft der Fall.



Bericht aus dem Wahlkreis

Im Gespräch zur inneren Sicherheit in Peine

Und gleich noch einen weiteren wichtigen Gast konnte ich virtuell in meinem Wahlkreis begrüßen: Dr. Mathias Middelberg MdB, innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Am vorvergangenen Donnerstag standen die Themen innere Sicherheit, Extremismus, Flucht und Zuwanderung im Mittelpunkt. Ein wichtiger Teil des Gesprächs und der Fragestellungen der Teilnehmer drehte sich natürlich um die Clankriminalität in der Stadt Peine. Diese soll



auch in Zukunft hart bekämpft werden, u. a. durch eine Null-Toleranz-Strategie sowie mit dem Mittel der Vermögensabschöpfung. Durch Straftaten erworbene Vermögensgegenstände, wie etwa teure Autos, sollen konsequent beschlagnahmt werden. Besonders gefreut hat mich, dass der Leiter der Polizeiinspektion Salzgitter/Peine/Wolfenbüttel, Markus Iwa, an der Veranstaltung teilgenommen hat, um aus erster Hand über die Arbeit der Peiner Polizei zu berichten.

Gifhorner geht als Juniorbotschafter in die USA

Nach langem Überlegen musste ich nun eine Entscheidung treffen, die mir wahrlich nicht leichtfiel: Lasse Meinecke aus Gifhorn wird an dem 38. Parlamentarischen Patenschaftsprogramm für junge Berufstätige teilnehmen und ein Jahr lang unser Land als Juniorbotschafter in den Vereinigten Staaten von Amerika repräsentieren. Ich gratuliere Lasse Meinecke, der ausgebildeter Müller ist und bei mir einen sehr offenen und kompetenten Eindruck hinterlassen hat. Ich wünsche ihm einen tollen und erlebnisreichen Aufenthalt in den USA und freue mich darauf, mit ihm im Austausch über seine Erfahrungen bleiben zu dürfen.



Wie bereits in der letzten Ausgabe des „Schulterblicks“ erwähnt, gibt es hier keinen Verlierer. Denn auch der andere Kandidat aus unserer Region war für dieses Stipendium des Deutschen Bundestages ohne Wenn und Aber super geeignet. Ich darf aber leider nur einen Platz vergeben.



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Bilder:

Kopfzeile S. 2-5: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde

Kopfzeile S. 6-7: Altes Rathaus Peine: Losch/commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn:

© Anne Bermüller/pixelio.de

S. 7: Dr. Mathias Middelberg MdB

Kopfzeile S. 8: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

Alle weiteren Bilder privat.